

Jetzt kommen neue Signale im Renten-Streit

Von **Nikolaus Doll, Hannah Bethke, Rasmus Buchsteiner**

Veröffentlicht am 19.11.2025 | Lesedauer: 7 Minuten



Schwarz-rote Belastungsprobe: Kanzler Friedrich Merz (CDU, l.) und sein Vize Lars Klingbeil (SPD)

Quelle: picture alliance/Metodi Popow/M. Popow

Der Unmut der Jungen Unions-Abgeordneten gegen die von der Regierung geplante Rentenreform stürzt den Kanzler in die Krise – und bringt in der CDU Gedankenspiele über einen Ausstieg aus der Koalition mit der SPD in Gang. Dann kommt von den Jungen eine neue Wendung.

Die Junge Gruppe in der Bundestagsfraktion von CDU und CSU signalisiert im Streit mit Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU), der Unions-Fraktionsspitze und der SPD über die Rentenreform Verhandlungsbereitschaft.

„Wir haben immer betont, dass wir den Dialog suchen, wir sind nicht am Ende des parlamentarischen Verfahrens“, sagt der 29-jährige CDU-Bundestagsabgeordnete Nicklas Kappe, der 2025 das Direktmandat im Wahlkreis Bottrop-Recklinghausen III geholt hatte, WELT. „Die Junge Gruppe will hier nicht den Aufstand proben, sondern eine Lösung im Sinne nachkommender Generationen. Dazu müssen wir über den Gesetzentwurf reden, dazu sind wir bereit.“

Die im Bundestag 18 Abgeordnete starke Junge Gruppe fordert – unterstützt von der Jungen Union (JU) und weiteren Unionsabgeordneten – eine Stabilisierung des Rentenniveaus bis zum Jahr 2031 auf 48 Prozent, wie es im schwarz-roten Koalitionsvertrag vereinbart ist. Sie spricht sich aber gegen eine zusätzliche Erhöhung oder weitreichende Zusagen darüber hinaus aus. Laut den Kritikern trifft der Gesetzentwurf des Kabinetts zur „Stabilisierung des Rentenniveaus“ aber eine solche Festlegung für die Zeit nach 2031. Beim Deutschlandtag der Jungen Union im südbadischen Rust hatte sich am Samstag der Dissens zwischen dem Kanzler und den jungen Abgeordneten deutlich gezeigt. Seither wird um eine Lösung gerungen.

Verständnis für die Einwände der Jungen Gruppe hatte es unter anderem auch in der Arbeitnehmergruppe der Unionsfraktion gegeben. Deren Vorsitzender, der CDU-Bundestagsabgeordnete Stefan Nacke, sagt nun: „Die Junge Gruppe hat mit ihrer Kritik an dem Rentenentwurf einen Punkt gemacht. Aber die aktuelle Eskalation ist nicht gut, niemand will wegen der Rentenfrage die Koalition platzen lassen. Die Idee einer Minderheitsregierung ist absurd.“ In der CDU hatte es vereinzelt Forderungen gegeben, über ein solches Szenario zumindest nachzudenken. Die große Mehrheit in der Fraktion lehnt das aber ab. „Ich rate dazu, dass alle wieder runter von der Bühne und in den Maschinenraum gehen. Jetzt muss in Verhandlungen eine Lösung gesucht werden“, fordert Nacke.

Gitta Connemann, CDU-Abgeordnete sowie Chefin der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), betont: „Wir haben eine Regierung, die arbeitet und funktioniert. Wer eine Minderheitsregierung anpreist, verunsichert Bürger und Betriebe – ohne Grund. Deutschland muss raus aus der Krise, nicht tiefer rein. Zu glauben, die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt ließe sich mit täglich wechselnden Mehrheiten stabil regieren, irrt oder spielt mit dem Feuer. Beides könnte fatale Folgen haben.“

Der Kanzler und die Koalition stehen in dem Streit unter Zeitdruck. Mit der Rentenreform soll ein zentraler schwarz-roter Kompromiss am 1. Januar 2026 in Kraft treten. Dafür müsste der Bundestag das Gesetz zur Rentenstabilisierung rechtzeitig beschließen. Doch es gibt Stimmen, die eine Planänderung fordern.

„Eine Lösung wäre jetzt, dem Gesetzentwurf eine Erklärung der Fraktionen beizufügen mit der Versicherung, dass eine grundlegende Rentenreform im kommenden Jahr angegangen wird. Noch besser wäre es, bis dahin kein Rentengesetz zu verabschieden und alles, auch die Mütterrente, bis zu einer umfassenden Reform zurückzustellen“, sagt Dennis Radtke (CDU), Vorsitzender des Arbeitnehmerflügels CDA und Europaabgeordneter. Auch Radtke rät zur Deeskalation: „Am Ende muss die Regierung handlungsfähig bleiben und die Union koalitionstreu. Die Einwände der Jungen Gruppe sind nachvollziehbar. Man hätte sie in die Gespräche mit der SPD einbeziehen müssen, es ist ein handwerklicher Fehler, dass das unterlassen wurde.“

Doch sein eigener Vorschlag würde einen Konflikt mit CSU-Chef Markus Söder heraufbeschwören, der ein zentrales Projekt seiner Partei – die Mütterrente – in dieser Legislaturperiode nicht gefährden will. Söder drängt wie Merz und Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) auf eine möglichst schnelle Verabschiedung des Rentenpakets.

Die Junge Gruppe kann mit den Stimmen ihrer Mitglieder einen solchen Gesetzentwurf blockieren, weil Union und SPD im Bundestag nur eine Mehrheit von zwölf Stimmen haben. Die Opposition nutzte diese Vorlage: Die Linke hält sich offen, den Plänen der Koalition zur Sicherung des Rentenniveaus bei 48 Prozent im Bundestag zuzustimmen. „Wir werden das beraten“, sagte Parteichefin Ines Schwerdtner. Die 64 Abgeordneten der Linken könnten helfen, eine Mehrheit zu sichern.

Politisch wäre es für die schwarz-rote Koalition aber ein Schritt Richtung Bruch, auf Stimmen der Opposition angewiesen zu sein. In der Fraktionsführung arbeitet man nun daran, der Jungen Gruppe „eine Brücke zu bauen“. Geplant ist nach WELT-Informationen, nach Einzelgesprächen am Mittwoch in einer kleineren Gruppe zusammenzukommen.

„Jetzt braucht es nicht das nächste Kürzungspaket“

Die Sozialdemokraten bleiben derweil unnachgiebig. Parteichef und Vizekanzler Klingbeil stellt am Rande seines China-Besuchs am Montag (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article6915c97f7ff132e7560fa41c/vizekanzler-in-china-wie-sich-klingbeil-nach-dem-wadephul-eklat-dem-systemischen-rivalen-naehert.html>) fest: „Was das Thema Rente angeht, haben wir klare Verabredungen, dass wir im Dezember über das Rentenpaket, über alle sechs Elemente des Rentenpakets, entscheiden werden. Das ist nach wie vor mein Vorschlag, dass wir an diesem Zeitplan festhalten.“ Es sei auch „alles besprochen“ – daher könne das Gesetz „jetzt im Parlament beschlossen werden“. Klingbeil betont: „Ich sehe, dass der Bundeskanzler sich sehr klar positioniert hat. Die SPD hat sich klar positioniert. Deshalb können wir auch zur Abstimmung kommen.“

Schon im Oktober hatte Arbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) die Kritik der Jungen Gruppe am Rentenpaket abgewehrt. Damals sagte sie während der ersten Lesung im Bundestag: „Das haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben, im Koalitionsausschuss erneut geeint und im Kabinett beschlossen.“ Das müsse jetzt auch gelten. Festgeschrieben ist im Koalitionsvertrag allerdings nur die Regelung bis 2031 und keine Vereinbarung darüber hinaus. Im Gesetzentwurf der Bundesregierung heißt es dagegen: „Auch nach 2031 liegt das Rentenniveau um rund einen Prozentpunkt höher als im geltenden Recht.“

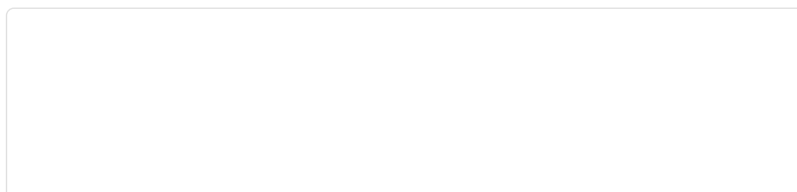
Die Sozialdemokraten sehen dennoch keinen Diskussionsbedarf – und berufen sich dabei auch auf Merz. So stellt SPD-Fraktionsvize Dagmar Schmidt am Montag klar: „Wir stehen – wie der Bundeskanzler – fest zu der Einigung, die die Koalition gemeinsam erzielt hat. Für uns ist klar: Das Rentenpaket muss wie geplant zu Jahresbeginn in Kraft treten.“ Weitere Einschnitte seien nicht mehr verantwortbar, so Schmidt: „Jetzt braucht es nicht das nächste Kürzungspaket, sondern Klarheit und Sicherheit für die Menschen – für heutige Rentnerinnen und Rentner ebenso wie für die Generationen nach 2031.“ Sie erwarte von den Unions-Abgeordneten, „dass sie ihrem Kanzler folgen und zu ihrer Verantwortung stehen, gemeinsam gefundene Vereinbarungen zu tragen“. Nur so funktioniere „verlässliche Regierungsarbeit“.

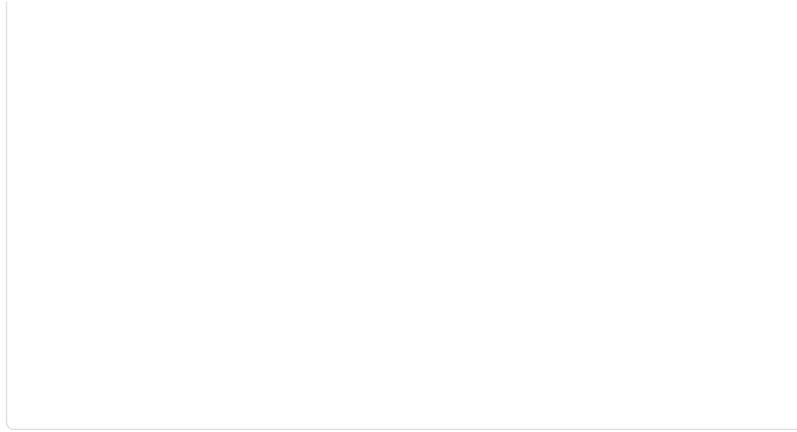
Für die SPD ist es wichtig, bei der Rente standhaft zu bleiben. Bei der Reform des Bürgergeldes machten die Sozialdemokraten gegenüber der Union so weite Zugeständnisse, dass viele sich unangenehm an die Agenda 2010 des damaligen Kanzlers Gerhard Schröder (SPD) erinnert fühlten. Damals führte die umfassende Umstrukturierung der Sozialsysteme zu einer Identitätskrise der SPD. Nun zeigt sich der Unmut in Teilen der Partei im Versuch eines Mitgliederbegehrens gegen die Reform des Bürgergeldes. Aussicht auf Erfolg dürfte das Aufbegehren mangels Unterzeichnern nicht haben. Falls sich die SPD jedoch auch in der Rentenpolitik nicht durchsetzen kann, verliert sie eines der letzten Felder, das für soziale Gerechtigkeit in ihrem Sinne steht. Für die Sozialdemokraten geht es mithin um alles.

Und so bleibt auch Generalsekretär Tim Klüssendorf (SPD) strikt und lehnt eine Änderung am Gesetzentwurf zum Rentenpaket ebenso kategorisch ab wie Parteichef Klingbeil. Das Rentenniveau von 48 Prozent, das ohnehin niedrig angesetzt sei, sei für die SPD essenziell, betont Klüssendorf nach der Präsidiumssitzung am Montag. „Es geht nicht um ein Nice-to-have.“ Zur Debatte stehe der Rentenanspruch, den die Menschen sich erarbeitet hätten. Sie müssten sich auf den Sozialstaat verlassen können. Drei Vierteln der Menschen stehe für ihre Altersversorgung nur die gesetzliche Rente zur Verfügung. Deshalb dürfe an dem vereinbarten Mindestmaß nicht gerüttelt werden.

Auf die Nachfrage, wie die Planung über das im Koalitionsvertrag vereinbarte Jahr 2031 hinaus im Gesetzentwurf zu rechtfertigen sei, entgegnet Klüssendorf: „Natürlich startet man dann nicht wieder bei null.“ Es gehe um die weitere Rentenentwicklung, die sich aus der jetzigen Berechnung ergebe. Da könne man nicht wieder einen Schritt zurückgehen. So habe die SPD den Koalitionsvertrag interpretiert. Und so sei man auch in der Vergangenheit stets vorgegangen.

Klüssendorf zeigt sich gleichwohl zuversichtlich, dass die Koalition eine Einigung erzielen werde. Das dürfte nicht nur mit den Äußerungen von Merz zusammenhängen, der die Junge Gruppe beim JU-Deutschlandtag in fast sozialdemokratischer Manier ermahnt hatte: „Ich möchte uns nicht in einem Unterbietungswettbewerb sehen: Wer bietet das niedrigste Rentenniveau an? Damit gewinnen wir keine Wahl.“





Die SPD hat mit der Mütterrente und der Aktivrente noch weitere Trümpfe in der Hand: Sollte die Union das Rentenpaket wieder aufschnüren, würden die Sozialdemokraten wohl kaum die Ideen von CSU und CDU mittragen, die die SPD zuvor bereits als Wahlgeschenke kritisiert hatte.

Nikolaus Doll (<https://www.welt.de/autor/nikolaus-doll/>) *berichtet über die Unionsparteien und die Bundesländer im Osten.*

Politikredakteurin Hannah Bethke (<https://www.welt.de/autor/hannah-bethke/>) *ist bei WELT zuständig für die SPD und innenpolitische Debatten.*

Rasmus Buchsteiner (<https://www.welt.de/autor/rasmus-buchsteiner/>) *ist Chief Correspondent Berlin bei „Politico“ Deutschland.*